



Michael Däumer war bis zum 31. Juli 2009 Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Jordanien, Libanon und Syrien mit Sitz in Amman.

Sebastian Grundberger, geb. 1979, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro Amman der Konrad-Adenauer-Stiftung.

David Lüngen, geb. 1980, ist Rechtsreferendar und Ratsmitglied in Ratingen. Im Sommer 2009 leistete er seine Wahlstation im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman ab.

RÜCKENWIND FÜR DIE ZEDERNREVOLUTION – DER LIBANON WÄHLT DIE STABILITÄT

Michael Däumer / Sebastian Grundberger / David Lüngen

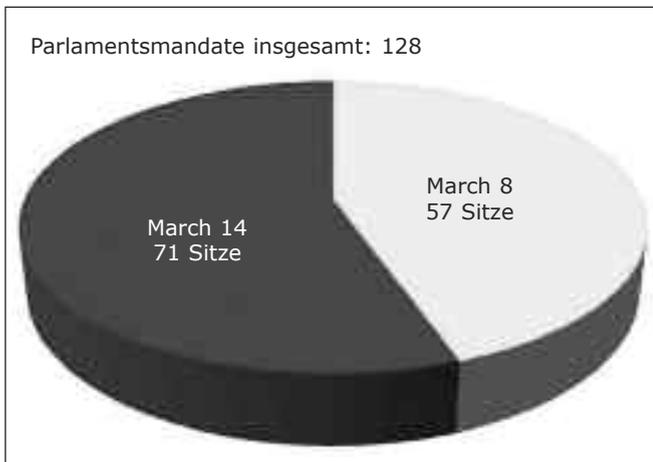
Der Libanon hat gewählt – und viele Vorhersagen Lügen gestraft. Statt der von vielen erwarteten und im Ausland befürchteten Stärkung der vom Iran und von Syrien unterstützten „Koalition des 8. März“ (March 8) haben die Libanesen am 7. Juni die bisherige prowestliche Mehrheit der „Koalition des 14. März“ (March 14) überraschend deutlich bestätigt. Wie Innenminister Ziad Baroud am Tag der Wahl bekannt gab, konnten die Kräfte der „Zedernrevolution“ 71 von 128 Parlamentsmandaten erringen, während March 8 57 Sitze gewann. Damit hat sich die Stärke der beiden parlamentarischen Blöcke im Vergleich zur Parlamentswahl 2005 praktisch nicht verändert. Der neue sunnitische Premierminister Saad Hariri vom prowestlichen Future Movement kann sich so getragen von einer komfortablen Parlamentsmehrheit an seine Arbeit machen. Für Hariri ist der Wahlsieg auch ein großer persönlicher Triumph, mit dem er endgültig aus dem Schatten seines Vaters, des ermordeten libanesischen Premierministers Rafiq al-Hariri, tritt.

Ausschlaggebend war bei der Wahl vor allem das Votum der christlichen Libanesen, die zwar Abgeordnete in beiden politischen Lagern gewählt haben, sich jedoch in unerwarteter Zahl für die Kandidatinnen und Kandidaten des 14. März entschieden haben. Dem mit der schiitischen und antiisraelischen Hizbullah-Miliz alliierten Christenführer Michel Aoun (Free Patriotic Movement) ist es nicht gelungen, genug Stimmen für eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen.

WAHL 2009 – DIE ERGEBNISSE

Aufgrund des einzigartigen, konfessionellen Wahlsystems lassen sich Prozentergebnisse im Libanon nicht nur kaum erheben, sie haben auch keine Aussagekraft. Rund 100 der 128 Parlamentsmandate waren aufgrund des Wahlsystems bereits im Vorhinein zwischen den beiden Blöcken prinzipiell aufgeteilt. Die Spannung der Wahl beschränkte sich daher auf den Ausgang in einigen wenigen, mehrheitlich christlichen umkämpften Wahlbezirken. Von diesen konnte March 14 mehr als erwartet für sich gewinnen. Die Kräfte der „Zedernrevolution“ konnten so fast genau ihren Erfolg von 2005 wiederholen, als die Koalition 70 bis 72 Sitze (je nach Zählweise) erreicht hatte.

Sitzverteilung im libanesischen Parlament 2009–2013 (nach Blöcken):



Wichtigste Partei der March 14-Koalition ist das sunnitische Future Movement unter der Führung von Saad Hariri. Auch die Progressive Socialist Party (PSP) des über die Grenzen des Libanon hinweg bekannten Drusenführers Walid Dschumblat, die christlichen Parteien Lebanese Forces (LF) von Samir Geagea sowie Kataeb unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsidenten Amin Gemayel gehören genauso wie mehrere Kleinparteien und Einzelabgeordnete zum Bündnis. Treibende Kräfte hinter March 8 sind die schiitischen Bewegungen Hizbullah und Amal, das christliche Free Patriotic Movement (FPM) unter General Michel Aoun sowie einige weitere Parteien und unabhängige Abgeordnete, die sich dem Lager von March 8 angeschlossen haben. Sehr geläufig ist im Libanon

Sieger der libanesischen Parlamentswahl vom 7. Juli des Jahres ist die prowestliche „Koalition des 14. März“ (March 14), die 71 der 128 Parlamentssitze erringen konnte. Nur auf 57 Sitze kam die „Koalition des 8. März“ (March 8). Während erstere vor allem aus dem von Saad Hariri geführten Future Movement, der von Drusenführer Dschumblat geleiteten Progressive Socialist Party (PSP) sowie den christlichen Parteien Lebanese Forces (LF) und Kataeb besteht, finden sich in letzterer u.a. die schiitische Hizbullah und Amal sowie das christliche Free Patriotic Movement (FPM) unter Michel Aoun. Nach der weitgehend störungsfreien Wahl mühten sich der künftige Premier Saad, Sohn des seinerzeit ermordeten Rafiq al-Hariri, und die anderen March 14-Führer um Aussöhnung und sprachen, ebenso wie manche Oppositionspolitiker, von einem Sieg für den Libanon und das Libanesisches Volk. Nur Hizbullah-Fraktionschef Mohammed Raad betonte die Legitimität des Widerstandes und der Waffengewalt gegen Israel. Auf die Regierung Saad warten große Aufgaben, wobei der Umgang mit der Hizbullah die eigentliche Herausforderung ist.

die Praxis, dass Parlamentskandidaten als Unabhängige an-treten, da sie sich dadurch bessere Wahlchancen erhoffen. Trotzdem sind die meisten „unabhängigen“ Kandidaten mit einem der beiden Blöcke oder einer Partei fest alliiert. Diese Tatsache macht es mitunter schwer, klar zu definieren, wer zu welcher Partei gehört. Es ist auch gängige Praxis, dass vor-her „Unabhängige“ nach den Wahlen Parteien beitreten oder sogar entweder die Blöcke wechseln oder aber gar einen ei-genen Block bilden. Aus diesen Gründen gibt es kein offiziel-les Ergebnis, welches genau klarstellt, welche Partei wie vie-le Abgeordnete in das Parlament entsendet. Es werden ledig-lich die Namen der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten bekannt gegeben. Mitunter erklären sich so auch variierende Angaben darüber, wie viele Mandate eine bestimmte Partei hat gewinnen können. Der Angus Reid Global Monitor¹ mel-det folgendes Ergebnis:

**Sitzverteilung im libanesischen Parlament 2009–2013
(nach Parteien):**

1. MARCH 14 (insgesamt 71 Mandate):

Future Movement (sunnitisch)	30
Progressive Socialist Party (drusisch)	10
Lebanese Forces (christlich)	5
Kataeb (christlich)	5
Andere und Unabhängige (meist christlich)	21

2. MARCH 8 (insgesamt 57 Mandate):

Free Patriotic Movement (christlich)	19
Hizbullah (schiitisch)	13
Amal Movement (schiitisch)	11
Marada Movement (christlich)	4
Syrian Social Nationalist Party (säkular)	2
Ba'ath Party (säkular)	2
Tashnaq (armenisch-christlich)	2
Lebanese Democratic Party (drusisch)	2
Andere	2

1 | http://www.angus-reid.com/tracker/view/33457/lebanon_2009,
Zugriff am 27. Juni 2009.

Zu diesen Ergebnissen bleibt anzumerken, dass die Schiitenpartei und bewaffnete Miliz Hizbullah in allen Bezirken, in denen sie Kandidaten aufstellte, diese auch ins Parlament brachte. Eine Niederlage erlitten vor allem die mit der islamistischen Gruppierung alliierten Parteien. In den meisten der umkämpften Bezirke konnte sich die Liste von March-14 durchsetzen. Einen besonders wichtigen Sieg konnten die Kräfte der Zedernrevolution im umkämpften und gemischt-konfessionellen Bezirk Zahle im Ostlibanon einfahren, der insgesamt sieben Abgeordnete stellt. Bereits vor der Wahl hatten Analysten gemutmaßt, wer Zahle gewinne, werde auch die Wahl gewinnen.

In den meisten der umkämpften Bezirke konnte sich die Liste von March-14 durchsetzen.

Aufgrund des Wahlgesetzes, welches den verschiedenen Religionsgemeinschaften Parlamentsquoten sichert, kommt es bei libanesischen Parlamentswahlen zu Ungleichmäßigkeiten zwischen dem *popular vote*, der reinen Stimmenanzahl eines Blocks, und deren parlamentarischer Repräsentation. Im Gegensatz zum – was Parlamentsmandate betrifft – deutlichen Wahlsieg, lag March 14 hinsichtlich der direkten Anzahl an Wählerstimmen womöglich hinter March 8. Ein Umfrageinstitut gab die Anzahl der Stimmen für March 14 mit 700 000, die von March 8 mit 800 000 an.² Auch ein Sprecher des mit der Demokratischen Partei der USA verbundenen National Democratic Institute bestätigte einen Sieg von March 8 beim *popular vote*.

Positiv hat sich die Wahlbeteiligung im Libanon entwickelt. Laut Innenminister Ziad Baroud war sie mit 54,8 Prozent so hoch wie seit Jahren nicht mehr.³ Vor vier Jahren hatten nur 45,8 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben.

WAHLSYSTEM KONSOLIDIERT INSTITUTIONELLE STABILITÄT

Für die Parlamentswahlen 2009 galt ein neues Wahlgesetz⁴, das am 8. Oktober 2008 von Präsident Michel Sleiman und Premierminister Fouad Siniora unterzeichnet wurde. Während

2 | Vgl. *Jordan Times*, 11. Juni 2009.

3 | http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&category_id=2&article_id=102787, Zugriff am 8. Juni 2009.

4 | http://www.elections.gov.lb/Legal-Framework/Election-Law/LAW-_EN__unofficialTranslation.aspx, Zugriff am 4.6.2009.

Hauptzweck der Reform bestand insbesondere darin, die Durchführung der Wahlen möglichst institutionell zu stabilisieren sowie eine eventuelle Verunsicherung der Wählerinnen und Wähler durch eine größere Novellierung des Wahlgesetzes auszuschließen.

eine weit gehende Reform des Wahlrechts im Vorfeld der Wahlen parlamentarisch diskutiert wurde, einigten sich Parlament und Regierung auf eine kleine Reform. Hauptzweck der Reform bestand insbesondere darin, die Durchführung der Wahlen möglichst institutionell zu stabilisieren sowie eine eventuelle Verunsicherung der Wählerinnen und Wähler durch eine größere Novellierung des Wahlgesetzes auszuschließen. Größte Veränderung zu früheren Wahlen war dabei die Tatsache, dass die Urnengänge insgesamt an einem Tag abgehalten wurden. Die Herabsetzung der Wahldauer auf einen Tag sollte nicht nur mögliche Einflussnahme auf die Wahlentscheidung durch zuvor bekannt gegebene Wahlergebnisse vermeiden, sondern ebenso Möglichkeiten der Wahlfälschung sowie gewaltsame Ausschreitungen, wie sie vor vier Jahren noch stattfanden, verhindern. Noch 2005 fanden die Wahlen in vier Etappen zwischen dem 29. Mai und dem 19. Juni statt. Wahlberechtigt waren gemäß der libanesischen Verfassung alle libanesischen Staatsangehörigen ab einem Alter von 21 Jahren. Angehörige des Militärs blieben weiterhin von der Wahl ausgeschlossen. Über 3,2 Millionen Libanesen⁵ haben sich für die Wahlen in den Wählerverzeichnissen registrieren lassen. Auch wenn der Libanon nur geschätzte knapp vier Millionen Einwohner hat, nutzten zusätzlich viele Auslands-Libanesen die Möglichkeit, sich für die Wahl registrieren zu lassen. Die viel diskutierte Möglichkeit einer Art Briefwahl bestand nicht, sodass die Libanesen aus dem Ausland für die Wahl zur Stimmabgabe in den Libanon kommen mussten. Die Angaben darüber, wie viele Auslandslibanesen letztlich von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, schwanken stark. Als sicher gilt jedoch, dass ihre Zahl in die Zehntausende ging.

Insgesamt waren 128 Sitze in 26 Wahlbezirken zu vergeben. Die Anzahl der Parlamentsmandate entspricht damit der bei der letzten Wahl. Die Wahlbezirke wurden jedoch durch das neue Wahlgesetz teilweise neu zugeschnitten. Sie orientieren sich jetzt weitgehend an den Grenzen der 25 Verwaltungsdistrikte. Die Hauptstadt Beirut ist in drei Wahlbezirke (Beirut I – Beirut III) aufgeteilt.

5 | <http://www.elections.gov.lb/Observers-Corner>, Zugriff am 4.6.2009.

Das weltweit einzigartige libanesische Wahlsystem folgt einer konfessionellen Logik. Dabei sind die 128 Parlamentssitze genau auf die verschiedenen Religionsgruppen⁶ gemäß ihrem vermeintlichen Anteil an der Bevölkerung verteilt. Seit dem Taif-Abkommen aus dem Jahr 1989, das den libanesischen Bürgerkrieg beendete, entfällt jeweils die Hälfte der Sitze auf Muslime (die Drusen werden den Muslimen zugerechnet) und die andere Hälfte auf Christen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die letzte Volkszählung im Land 1932 stattfand. Die Bevölkerungsanteile haben sich seitdem deutlich verschoben. Schätzungen gehen davon aus, dass eine deutliche Mehrheit der Libanesen heute Muslime sind.⁷ Dennoch wurde die paritätische Verteilung der Parlamentssitze zwischen Christen und Muslimen auch im neuen Wahlgesetz beibehalten, was nicht zuletzt auch zur beabsichtigten Konsolidierung der institutionellen Stabilität beitragen sollte. Der demografische Wandel im Libanon zugunsten muslimischer Bevölkerungsteile dürfte jedoch in den kommenden Jahren zunehmend in eine Debatte um die künftige parlamentarische Vertretung ausarten.

Schätzungen gehen davon aus, dass eine deutliche Mehrheit der Libanesen heute Muslime sind.

Die Verteilung der Parlamentsmandate:⁸

1. Muslime (64 Sitze)	
Sunniten:	27
Schiiten:	27
Drusen:	8
Alawiten:	2

6 | Der Libanon verfügt über 18 anerkannte Religionsgemeinschaften. Diese bestehen aus fünf muslimischen Konfessionen (Sunniten, Schiiten, Alawiten, Ismailiten, Drusen), zwölf christlichen Konfessionen (Assyrer, Syrisch-Katholiken, Syrisch-Orthodoxe, Chaldäer, Maroniten, Römisch-Katholiken, Griechisch-Katholiken, Griechisch-Orthodoxen, Armenisch-Orthodoxen, Armenisch-Katholiken, Protestanten und Kopten). <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2008/108487.htm>, Zugriff am 4.6.2009.

7 | Das Statistics Lebanon Institute sieht das Verhältnis Muslime-Christen mittlerweile bei 61 zu 35 Prozent. <http://www.state.gov/g/drl/rls/irf/2008/108487.htm>, Zugriff am 4.6.2009.

8 | Angaben des libanesischen Innenministeriums: <http://www.elections.gov.lb/Observers-Corner>, Zugriff am 4.6.2009.

2. Christen (64 Sitze)	
Maroniten:	34
Griechisch-Orthodoxe	14
Griechisch-Katholiken	8
Armenisch-Orthodoxe	5
Armenisch-Katholiken	1
Protestanten	1
Minderheiten	1

Die dergestalt aufgeschlüsselten 128 Parlamentssitze verteilen sich auf die 26 Wahlbezirke wiederum ganz grob entsprechend dem Anteil der jeweiligen Religionsgruppen in den einzelnen Bezirken, wobei es hierfür keine objektiven Kriterien gab. Die Zahl der Wähler in den Wahlbezirken variiert stark, weswegen auch die Anzahl der jeweils zu vergebenden Parlamentssitze unterschiedlich ist. Sie reicht von zwei Sitzen beispielsweise im Bezirk Becharre (45 000 Wähler) bis zu zehn Sitzen im Bezirk Baalbek-Hermel (250 000 Wähler). Damit steht nicht jede Religionsgruppe in jedem Wahlbezirk zur Wahl, sondern nur dort, wo ihr auch im Vorfeld ein Parlamentssitz zugeteilt wurde.

Die Zahl der Wähler in den Wahlbezirken variiert stark, weswegen auch die Anzahl der jeweils zu vergebenden Parlamentssitze unterschiedlich ist.

Grundsätzlich gilt, dass jeder Wähler so viele Stimmen hat, wie Parlamentssitze in seinem Wahlbezirk zu vergeben sind, das heißt jeder Wähler kann auch über die Abgeordneten anderer Religionsgruppen mitentscheiden. Das passive Wahlrecht steht jedoch nur demjenigen zu, der auch der entsprechenden Religionsgruppe angehört, wobei es keine Nachweispflicht für die Zugehörigkeit zu einer Religionsgruppe gibt. Gewählt ist der Kandidat einer Religionsgruppe oder sind – bei mehreren Sitzen – die Kandidaten einer Religionsgruppe, die die meisten Stimmen erhalten haben.

Für die 128 Parlamentssitze haben sich rund 580 Kandidatinnen und Kandidaten beworben.⁹ Aus taktischen Gründen zogen in den letzten Tagen vor der Wahl vereinzelt Bewerber einer Partei zur Verbesserung der Wahlchancen von Mitbe-

9 | <http://www.elections.gov.lb/Observers-Corner>. Zugriff am 4.6.2009.

werben aus dem gleichen politischen Lager noch ihre Kandidatur zurück.

Eine Eigenart des libanesischen Wahlsystems ist die Art der Stimmabgabe: So erhält der Wähler im Wahllokal ein Blankopapier als Stimmzettel, auf dem er eigenhändig die von ihm gewünschten Kandidatinnen und Kandidaten notiert. Vielfach wird jedoch auch ein vorbereiteter Stimmzettel benutzt. Diesen gibt der Wähler am Wahltag einfach im Wahllokal ab. Diese Stimmzettel werden vorab auch von Parteien ausgegeben, die darauf neben dem oder den eigenen Kandidaten auch die Namen von Kandidaten anderer politisch verbündeter Parteien, beispielsweise einer anderen Religionsgruppe, drucken. Eine Liste mit allen im Wahlbezirk zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten, aus denen der Wähler durch Ankreuzen auswählen kann, gibt es damit nicht. In den Wahlkabinen soll laut Vorschrift lediglich eine entsprechende Übersicht mit den Namen der Kandidaten aushängen.

Diese Stimmzettel werden vorab auch von Parteien ausgegeben, die darauf neben dem oder den eigenen Kandidaten auch die Namen von Kandidaten anderer politisch verbündeter Parteien, beispielsweise einer anderen Religionsgruppe, drucken.

WEITGEHEND REIBUNGSLOSER WAHLVERLAUF

Die Wahl verlief mit wenigen Ausnahmen ruhig, zumal über 50 000 Polizei- und Militärkräfte im Einsatz waren. Diese Meinung teilten auch internationale und lokale Wahlbeobachter. Vereinzelt kam es zu organisatorischen Problemen und Sicherheitsvorfällen. „Die Probleme, die aufkamen, unterschieden sich nicht von denen, die bei jeder Wahl auftreten“, beschwichtigte jedoch der ehemalige US-Senator John Sununu, der mit dem National Democratic Institute die Wahlen beobachtete. Diese Einschätzung wurde auch von anderen Wahlbeobachter-Gruppen geteilt.¹⁰ Der ebenfalls in den Libanon gereiste frühere US-Präsident Jimmy Carter drückte nach der Wahl seine Hoffnung aus, dass die libanesischen Parteien und ihre ausländischen Unterstützer das Wahlergebnis akzeptieren würden. Insgesamt beobachteten 200 internationale Wahlbeobachter, darunter 100 aus der Europäischen Union, die Parlamentswahl. Die Lebanese Association for Democratic Elections (LADE) stellte zudem 2 200 nationale Wahlbeobachter.

10 | <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/getstory?openform&C21D5FADBF03187FC22575CE006AD302>, Zugriff am 8. Juni 2009.

Probleme bereitete teilweise die hohe Wahlbeteiligung. Sie führte zu langen Schlangen an Wahllokalen, so dass Wähler mancherorts bis zu drei Stunden warten mussten, um ihre Stimme abzugeben. Des Weiteren gab es einige kleinere Zwischenfälle. Drei Personen wurden festgenommen, da sie gefälschte Ausweispapiere benutzten. In Zahle, einer mehrheitlich von Christen bewohnten Provinzhauptstadt im östlichen Bekaa-Tal, griff die Armee ein, als es zu Beschimpfungen und Prügeleien unter einigen Wählern kam.

An mehreren Orten kam es trotz der dringenden Warnungen des Innenministeriums, zu Hause zu bleiben, zu spontanen Freudenfeiern.

Die ersten ernsthaften Anzeichen für einen Sieg der pro-westlichen March 14-Kräfte erreichten die Öffentlichkeit gegen ein Uhr morgens. An mehreren Orten kam es daraufhin trotz der dringenden Warnungen des Innenministeriums, zu Hause zu bleiben, zu spontanen Freudenfeiern und -schüssen der Anhänger der verschiedenen Parteien. Allerdings blieben diese im Rahmen und liefen überwiegend friedlich ab. Ausnahmen gab es etwa in Sidon, wo über Randalen durch Anhänger des unterlegenen March-8 Politikers Osama Saad berichtet wurde.

Auffällig war auch, dass Syrien sich relativ aus der Wahl herausgehalten hat. Zwar gibt es Zeugenaussagen, die behaupten, viele Syrer seien ins Land gereist, um dort an der Wahl teilzunehmen, doch sind dies nur Randerscheinungen. Offenbar sah Syrien in seiner Zurückhaltung die beste Möglichkeit, die Hizbullah wahlpolitisch zu unterstützen.

Noch in der Wahlnacht und am nächsten Morgen äußerten sich die libanesischen Politiker zum Wahlausgang. Dabei gaben sie sich meist verantwortungsvoll und suchten, konfrontative Töne zu vermeiden. Wahlsieger Saad Hariri gab sich staatsmännisch: „Diese Wahlen haben keine Gewinner oder Verlierer, weil der einzige Gewinner die Demokratie und der große Sieger der Libanon ist“,¹¹ so Hariri am Montagmorgen vor Anhängern. Er rief die Libanesen zur Besonnenheit auf. Auch der Vorsitzende der Libanese Forces, Samir Geagea, verzichtete auf Triumphgehebe. In einem Interview mit dem libanesischen Fernsehsender LBC TV kommentierte er noch in der Wahlnacht den Wahlausgang. Er sah in dem sich abzeichnenden Wahlsieg der March 14-Koalition auch einen

11 | http://yalibnan.com/site/archives/2009/06/hariri_democrac.php, Zugriff am 15. Juni 2009.

„Sieg für den Libanon, das libanesische Kabinett und das libanesische Volk“.¹² Geagea sprach sich für „eine neue politische Logik im Libanon“ aus, die den provokativen Stil, der während des Wahlkampfes vorherrschte, ersetzt.

Der Vorsitzende der drusischen Progressive Socialist Party (PSP), Walid Dschumblat, rief alle Anhänger des March 14 und besonders die PSP-Anhänger zu Zurückhaltung auf und warb dafür, den Sieg nicht mit ziellosen Feierlichkeiten zu verschwenden, da dieser dann wertlos sei. Er erklärte: „Der Weg ist immer noch sehr lang und das Vorhaben des Staates wird nur durch Dialog realisiert werden. Darin liegt die Bedeutung des Dialoges.“ Dschumblat hält die Situation in den multi-konfessionellen Gebieten weiter für sehr empfindlich. Jetzt müsse man innehalten und die Zukunft betrachten. „Unsere Zukunft baut auf dem Dialog“, so der Druse.¹³

Drusenführer Dschumblat sagt: „Der Weg ist immer noch sehr lang und das Vorhaben des Staates wird nur durch Dialog realisiert werden. Darin liegt die Bedeutung des Dialoges.“

Führende Politiker der Opposition räumten unterdessen schnell ihre Niederlage ein. Das Mitglied des FPM-Politbüros, Michel de Chadarevian, erklärte noch in der Wahlnacht, das Ergebnis zeige einen Sieg für die Koalition des 14. März und eine „Niederlage für die Libanesen, die auf einen Wandel in diesem Land gehofft hatten“.¹⁴ Gleichzeitig forderte er eine „Regierung der Nationalen Einheit“ und versicherte, wenn seine Partei die Wahl gewonnen hätte, wäre es ebenso zu einer solchen gekommen.

In einer Fernsehansprache erklärte auch Hizbullah-Generalsekretär Hassan Nasrallah, man werde die Niederlage mit „Sportsgeist“¹⁵ hinnehmen. Jetzt müssten alle politischen Kräfte im Libanon gemeinsam für Reformen und Stabilität arbeiten. Auch zum Streitthema der Waffen der Hizbullah äußerte sich Nasrallah. Es gebe keinen Grund, diese zu

Auch zum Streitthema der Waffen der Hizbullah äußerte sich Nasrallah. Es gebe keinen Grund, diese zu fürchten, da sie nur zur „Verteidigung“ gegen Israel gedacht seien.

12 | <http://www.google.de/search?hl=de&q=geagea+viictory+for+lebanon+the+lebanese+cambinet&meta=>, Zugriff am 9. Juni 2009.

13 | <http://www.nowlebanon.com/NewsArticleDetails.aspx?ID=97327>, Zugriff am 8. Juni 2009.

14 | <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/getstory?openform&74C53C42E8EA5E9AC22575CF001A2E75>, Zugriff am 8. Juni 2009.

15 | http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=2&article_id=102820, Zugriff am 11. Juni 2009.

fürchten, da sie nur zur „Verteidigung“ gegen Israel gedacht seien. Dieser „Widerstand“ gegen Israel gehe weiter. Ansonsten hätten die Waffen der Hizbullah bei der Wahlentscheidung der Menschen keine Rolle gespielt. Auch der Chef der Hizbullah-Fraktion im libanesischen Parlament, Mohammed Raad, meldete sich mit einer klaren Forderung an die Wahlsieger zur Wort: „Die Mehrheit“, so Raad, „muss sich verpflichten, unsere Rolle als Partei des Widerstandes, die Legitimität unserer Waffen und die Rolle Israels als Feindesland nicht in Frage zu stellen“.¹⁶

Parlamentspräsident Nabih Berri von der schiitischen „Amal“-Partei gratulierte ebenfalls den Wahlsiegern. Gleichzeitig brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sich die verschiedenen politischen Fraktionen im Land auf ein „modernes Wahlgesetz“ auf der Basis „proportionaler Repräsentation“¹⁷ einigen würden.

HINTERGRÜNDE DER WAHL: PARTEIEN WERBEN IM WAHLKAMPF FÜR DIE STABILITÄT

Der Wahlkampf 2009 war geprägt von der Suche nach Stabilisierung. Alle Parteien und politischen Blöcke vermieden bewusst radikale Slogans und provokative Botschaften, um den Eindruck eines Wettstreits demokratischer Parteien zu vermitteln. Wenn auch die meisten Parteien sich während des Bürgerkrieges im Libanon durch blutige Machenschaften ausgezeichnet hatten, so sollte dieser Wahlkampf verdeutlichen, wie sehr sich alle Parteien demokratisch gewandelt hatten. Entsprechend verhielten sich die Parteien im Wahlkampf sehr zurückhaltend und betonten ihren Willen, zur Stabilisierung des politischen Systems beitragen zu wollen.

Großflächige Plakatierungsaktionen in bunten Farben gehörten genauso zur Kampagne wie Wahlstände in den Städten oder Fernsehwerbung.

Unter allen arabischen Staaten ähnelte der libanesischer Wahlkampf am stärksten dem in westlichen Demokratien. So gehörten großflächige Plakatierungsaktionen in bunten Farben genauso zur Kampagne wie Wahlstände in den Städten oder Fernsehwerbung. Dabei setzten die libanesischen Parteien jedoch auf ganz unterschiedliche Strategien. Im Vordergrund standen dabei einfache Wahl-

16 | <http://www.nowlebanon.com/NewsArticleDetails.aspx?ID=97395>, Zugriff am 8. Juni 2009.

17 | <http://web.naharnet.com/default.asp>, Zugriff am 8. Juni 2009.

aufrufe in „schöner“ Verkleidung. Die Themen befassten sich nicht mit einer programmatischen Auseinandersetzung über Werte, sondern überwiegend mit Zuständen. So fand das Thema „Krieg und Frieden“ sowie „Stabilität“ häufig Eingang in den Wahlkampf.

Die auffälligste Kampagne führte das Free Patriotic Movement von Michel Aoun. Hauptelement der konsequent in Orange gehaltenen Wahlplakate war der von US-Präsident Barack Obama inspirierte Slogan des „Change“ sowohl in englischer als auch in arabischer Sprache. Das FPM sorgte auch für den größten Aufreger des Wahlkampfes. Ein Plakat und ein dazugehöriger Fernsehspot zeigten eine attraktive junge Frau zum Slogan „Sois belle et vote“ (Sei schön und wähle). Der Slogan spielte auf das französische Sprichwort „Sois belle et tais-toi“ (Sei schön und halt den Mund) an und wollte Frauen dazu bewegen, FPM zu wählen. Gegen Kritik von Frauenrechtsgruppen, die Kampagne sei sexistisch und stelle die libanesischen Frauen als schön, aber dumm dar, wehrte sich das FPM-Wahlkampfteam. Jede Wahlkampagne, die eine Debatte nach sich ziehe, sei ein Erfolg, so der „Erfinder“ der Wahlplakate. Dennoch wurden die Plakate nach der öffentlichen Debatte recht schnell ausgewechselt. Die zweite Phase des Wahlkampfes bestritt das FPM mit einem Plakat, dass die gleiche Frau unter dem Slogan „Je vote Orange“ (Ich wähle Orange) zeigt. Einer tauchte auf den orangenen Wahlplakaten kaum auf – FPM-Chef Michel Aoun. Das Bild des 73-jährigen Polit-Haudegens passte wohl nicht zum grellen und jugendlichen Ton der Wahlkampagne.

Die ebenfalls christlichen, prowestlich ausgerichteten Libanese Forces gingen einen anderen Weg. Statt greller Farben dominierten Schwarzweiß-Fotos aus der Bürgerkriegs-Vergangenheit die Wahlplakate. Davor standen farbig gekleidete Menschen mit dem Rücken zum Betrachter, die auf die Geschichte zurückblicken. Der Slogan dazu lautete: „Du kannst untätig bleiben, oder etwas tun“. Mit „etwas tun“ war offenbar die Wahl der Libanese Forces gemeint. Ein anderes Plakat zeigte ein buntes Bild eines Mannes mit einem brennenden Autoreifen zu dem Slogan „Deine Stimme kann das ganze Bild verändern“. Hier ist offenbar ein Zusammenhang mit den Unruhen im Mai 2008 herzustellen, als die Hizbullah Beirut für einige Tage kontrollierte. Die Libanese Forces schalteten zudem Videos mit Szenen von Zer-

Der Slogan der Libanese Forces lautete: „Du kannst untätig bleiben, oder etwas tun“. Mit „etwas tun“ war offenbar die Wahl der Libanese Forces gemeint.

störung anrichtenden Brandsätzen. Dies, so die Botschaft, könnte geschehen, wenn die Hizbullah die Wahl gewinnen würde.

Die christliche Kataeb-Partei, die vor allem vom Clan um den früheren Präsidenten Amine Gemayel bestimmt wird, warb zu Bildern von jungen Menschen mit Kindern durch den Slogan: „Eure Stabilität ist unser Projekt – das Parlament unsere Waffe.“

Blau war die dominierende Farbe der Werbematerialien des sunnitischen, prowestlichen Future Movement. Vor Bildern, die den Himmel und die Sonne zeigten, waren Slogans wie „Freiheit zuerst“ oder „Unabhängigkeit zuerst“ zu lesen, die sich häufig indirekt auf die Zeit der syrischen Besatzung zurückbezogen. Diese, so die unterschwellige Botschaft, könne zurückkehren, sollte die Opposition die Wahl gewinnen.

Die Hizbullah führt traditionell keinen Wahlkampf im eigentlichen Sinne. Sie weiß, dass sie ihre Unterstützer sicher hat. Nur vereinzelt fanden sich Wahlplakate, etwa mit dem Slogan „Mein Land ist mehr wert als Gold“.¹⁸ Offensichtlich hielt es die Hizbullah noch nicht einmal für nötig, ihre Homepage zu reparieren. Diese war nämlich praktisch während des gesamten Wahlkampfes nicht zu erreichen. Dafür aber ist das Konterfei von Hizbullah-Chef Hassan Nasrallah während des gesamten Jahres in den schiitischen Gebieten und Stadtteilen zu sehen. Die Identifikationsfigur Nasrallah im Posterformat scheint aus Sicht der Hizbullah auszureichen. Die schiitische Amal-Partei schließlich, die mit positiven Botschaften wirbt, setzte auf Bilder von Kindern und Bauwerken zu Slogans wie „Solidarität“ oder „Hoffnung“.

Die Identifikationsfigur Nasrallah im Posterformat scheint aus Sicht der Hizbullah auszureichen.

Auch die beiden Blöcke March 14 und March 8 führten Wahlkampf. So antwortete March 14¹⁹ direkt auf die „Sois belle et vote“ – Kampagne Michel Aouns, indem sie eine Internet- und Plakatkampagne unter dem Slogan „Sois egale et vote“ (Sei gleich [berechtigt] und wähle) schaltete. Das Plakat war aufgebaut wie das FPM-Poster und zeigte ebenfalls eine junge, attraktive Frau. Vereinzelt war auch ein Plakat mit

18 | <http://mideast.blogs.time.com/2009/06/03/lebanons-sexy-election-campaigns/>, Zugriff am 4.6.2009.

19 | Homepage: www.14march.org

der Aufschrift „Sois bete et vote Tayyar“ (Sei verrückt und wähle FPM) zu finden.

Eine zunehmend wichtige Rolle spielte auch der Internet-Wahlkampf. Manche Parteien unterhielten eigens für die Wahl angelegte Homepages und auch über interaktive Internetseiten wie etwa Facebook oder die Videoplattform Youtube wurde versucht, Wähler zu mobilisieren. Gerade Facebook entwickelte sich zu einem wichtigen Wahlkampfinstrument, über das einzelne Kandidaten ihre Unterstützer mobilisierten und über die eigenen Aktivitäten berichten.

SPIEGEL-BERICHT MISCHT WAHLKAMPF AUF

Mitten in der heißen Phase des Wahlkampfs schlug ein Artikel des deutschen Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL vom 23. Mai 2009 wie eine Bombe ein. Nur zwei Wochen vor den Urnengängen veröffentlichte das Magazin einen Bericht unter dem Titel „Libanon – Der zweite Kreis der Hölle“;²⁰ der vermeintlich neue, geheim gehaltene Erkenntnisse des Hariri-Tribunals aufdeckte. Danach soll die schiitische Hizbullah-Miliz nach Erkenntnissen des UN-Sondertribunals den Mord am libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq Hariri im Jahr 2004 „geplant und durchgeführt“ haben.

Wütend reagierte Hizbullah-Chef Hasan Nasrallah nach dem Erscheinen auf den SPIEGEL-Bericht und schob die Verantwortung dafür per Videobotschaft auf seinen Erzfeind Israel. Dieser und die USA hätten sich die Frage gestellt, wie sie „die Wahlen ruinieren und das Ergebnis beeinflussen könnten. Der Spiegel war die Antwort“²¹, so Nasrallah. Mit dem Bericht sollten Schiiten gegen Sunniten aufgehetzt werden. Er sei deshalb „gefährlicher als der Busanschlag von Ain al-Rummaneh“.

Mit dem Bericht des SPIEGEL sollten Schiiten gegen Sunniten aufgehetzt werden.

Dieser hatte 1975 den 15 Jahre andauernden libanesischen Bürgerkrieg ausgelöst. Jetzt dürften sich die Libanesen nicht provozieren lassen und müssten gemeinsam gegen Israel stehen. Der „jüdische Staat“ wolle einen regionalen Konflikt provozieren. Nasrallah drohte dem israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak: „Wenn Ihr so dumm seid, in unser Land einzudringen, werden wir Eure Truppen und Eure

20 | SPIEGEL, Ausgabe 22/2009.

21 | <http://www.14march.org/news-details.php?nid=MTM4Njcx> , Zugriff 27.05.2009.

Armee vernichten.“²² Nur zwei Tage später folgte eine weitere Reaktion der Hizbullah. In einem offensichtlichen Versuch, die öffentliche Diskussion in ein für die Schiitenmiliz angenehmeres Territorium zu lenken, gab ein anonymes Hizbullah-Kommandeur über die Zeitung *Daily Star* am 25. Mai angebliche Details über den israelischen Rückzug aus dem Südbanon im Jahr 2000 bekannt. Demnach sei der Rückzug nicht, wie von Israel propagiert, freiwillig erfolgt, sondern es seien die „dauerhaften und effektiven Schläge des Widerstandes“ der Hizbullah gewesen, die Israel „für immer hinausgeschmissen“ hätten.²³

Einer der innenpolitischen Gegner der Hizbullah, Walid Dschumblat, rief die Libanesen zur Ruhe auf und machte deutlich, dass die vom SPIEGEL veröffentlichten Informationen „wesentlich gefährlicher sein könnten, als man sich dies vorstellt“. Auch er erinnerte an die Ereignisse, die zum Ausbruch des Bürgerkriegs 1975 geführt hatten und warnte, der SPIEGEL-Bericht trage ähnliches Potenzial in sich.²⁴

Die libanesische Presse widmete dem SPIEGEL-Bericht seitenlange Kommentare. Diese richteten sich fast alle gegen den SPIEGEL. Die Zeitung *An Nahar* bezeichnete den Bericht als „Märchen“.²⁵ Der *Daily Star* stellte die Echtheit der Dokumente, aus dem der Autor des Berichtes, Erich Follath, seine Informationen zog, in Frage.²⁶ In einem Kommentar schrieb

„Diejenigen, die glauben, dass die Presse solche sensationellen ‚Geheimnisse‘ aufdecken kann, sollten daran denken, dass das hier kein Watergate ist“ und dass es nicht Woodward und Bernstein seien, die diesen Bericht geschrieben hätten.

der *Daily Star* zum SPIEGEL: „Diejenigen, die glauben, dass die Presse solche sensationellen ‚Geheimnisse‘ aufdecken kann, sollten daran denken, dass das hier kein Watergate ist“ und dass es nicht Woodward und Bernstein seien, die diesen Bericht geschrieben hätten.²⁷ Es handle sich nicht, wie bei Watergate, um eine

22 | <http://www.14march.org/news-details.php?nid=MTM4Njcx>, Zugriff 27.05.2009.

23 | http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=2&article_id=102309, Zugriff 27.05.2009.

24 | Siehe <http://www.nowlebanon.com/NewsArticleDetails.aspx?ID=94961>, Zugriff 25.05.2009

25 | <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/getstory?openform&FFC12589552415ECC22575C3001C85F4>, Zugriff 27.05.2009.

26 | http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=5&article_id=102366, Zugriff 27.05.2009.

27 | http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=17&article_id=102325, Zugriff 27.05.2009.

Reihe von Artikeln, die über einen längeren Zeitraum veröffentlicht wurden, sondern um einen einzigen Artikel. Deshalb seien mehr Beweise nötig. Harte Worte findet der Kommentator für den SPIEGEL: „An die Deutschen gerichtet: Der SPIEGEL sollte sich über die Verantwortung klar sein, die er trägt, wenn er solche Anklagen druckt, besonders, wenn es eine Möglichkeit gibt, dass diese falsch sind. Das Verspritzen von Tinte ist nicht dasselbe wie das Verspritzen von Blut.“²⁸

Die wütende Reaktion der Hizbullah auf die Enthüllungen zeigt, dass sich die „Partei Gottes“ in ihrer Ehre gekränkt fühlte. Aller internationalen Kritik zum Trotz ist es ihr nach innen häufig gelungen, sich als patriotische Widerstandskämpfer statt als Terroristen zu präsentieren. Durch das stetige Beharren auf der Notwendigkeit eines „Widerstandes“ gegen Israel ist es sogar gelungen, den öffentlichen Diskurs in einer Weise zu besetzen, dass mittlerweile selbst gemäßigte Politiker wie der bisherige Premierminister Fouad Siniora oder sogar Saad Hariri sich grundätzlich zur Notwendigkeit des „Widerstandes“ bekennen, wenn auch nicht mit den Mitteln der Hizbullah.²⁹ Vor diesem Hintergrund war die öffentliche Anschuldigung, mit terroristischen Mitteln zu operieren, ein schwerer Schlag für die „Partei Gottes“ und Wasser auf die Mühlen derer, die im Wahlkampf versuchten, die Rolle der Hizbullah als Unruhestifter und Stabilitätsrisiko zu thematisieren. Darüber, ob diese Diskussion jedoch letztlich im großen Stil Wähler weg von der March 8 und hin zur March 14-Koalition geführt hat, kann nur spekuliert werden.

28 | http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&category_id=17&article_id=102325, Zugriff 27.05.2009.

29 | „Lebanese Prime Minister Fuad Siniora told the Lebanese parliament on Thursday that Hezbollah had always been considered a resistance movement: „We have never called and will never call the resistance by any other name but the resistance and it is a national resistance and we will not use any other expression to describe it but national resistance,“ he said, http://profcutler.com/wordpress_blog/?p=115; Zugriff am 18. Januar 2009. Saad Hariri kritisierte in einem Interview zwar Hizbullah, nicht aber den „Widerstand“ selbst: „There are two issues that I agree with Sayyed Hassan Nasrallah on. I don't disagree with him on the issue of the resistance and he doesn't disagree with me on the issue of the truth. The difference is in dealing with these two issues. I believe that protecting the resistance should be through work and not public statements.“ <http://www.rhariri.com/news.aspx?ID=4114&Category=Interviews>, Zugriff am 18. Januar 2009.

WIEDERAUFLAGE DER „REGIERUNG DER NATIONALEN EINHEIT“

Nabih Berri wurde vom Amal Movement (8. März-Koalition) ohne Gegenkandidaten im Amt des Parlamentspräsidenten bestätigt, welches traditionell einem Schiiten zusteht.

Der Prozess der Parlamentskonstituierung und Regierungsbildung begann nach der Wahl geordnet. Der älteste gewählte Abgeordnete, der Schiit Abdel Latif el-Zein von der unterlegenen March 8-Koalition, rief als „Alterspräsident“ das Parlament fristgemäß zu seiner ersten Sitzung am 25. Juni 2009 zusammen. Dabei wurde Nabih Berri vom Amal Movement (8. März-Koalition), ohne Gegenkandidaten im Amt des Parlamentspräsidenten bestätigt, welches traditionell einem Schiiten zusteht. Für den 1939 geborenen Berri war dies die fünfte Wiederwahl seit seinem Amtsantritt 1992. Bei der Wahl stimmten 80 der 128 Abgeordneten für ihn. Die pro-westlichen christlichen Parteien Kataeb und Lebanese Forces (LF) hatten bereits vor der Wahl angekündigt, Nabih Berri ihre Stimmen zu verweigern. Sie hatten eine Garantie verlangt, dass Nabih Berri nicht wieder wie in der letzten Legislaturperiode die Parlamentsarbeit blockiert, indem er das Parlament zeitweise nicht einberuft.

Am 27. Juni 2009 beauftragte Staatspräsident Michel Sleiman dann offiziell den Vorsitzenden des pro-westlichen Future Movement, Saad Hariri, mit der Bildung einer neuen Regierung. Das Parlament bestätigte ihn mit 86 von 128 Stimmen. Der 1970 in Riad (Saudi-Arabien) geborene Sohn des ermordeten Premierministers Rafiq Hariri begann unmittelbar nach seiner Beauftragung zur Regierungsbildung mit Sondierungsgesprächen mit allen politischen Kräften im Land. Als Zeichen seines Willens zur Versöhnung zog er auch alle laufenden Verleumdungsklagen gegen seine politischen Gegner zurück. Als sicher gilt es, dass Hariri eine „Regierung der nationalen Einheit“ bilden wird. Der Parteichef des Future Movement hatte sich in der Vergangenheit auch in diese Richtung geäußert. Spannend wird sein, ob er der Opposition mehr als ein Drittel der Kabinettsposten einräumen wird und ihr so, wie bisher, ein Vetorecht gegen wichtige Entscheidungen gestattet.

AUSBLICK

Als wichtigster Erfolg der Wahl muss bereits ihr ordnungsgemäßer und weitgehend störungsfreier Verlauf gelten. Nach der massiven Politikrise, die in den Jahren 2007 und 2008 zunächst mit der siebenmonatigen Nichtbesetzung des Präsi-

dentenamtes, der Schließung des Parlamentes und schließlich mit der Besetzung von Teilen der Hauptstadt durch die Hizbullah ihre Höhepunkte fand, scheint sich im Libanon unter den maßgeblichen politischen Akteuren ein Konsens durchgesetzt zu haben, zur institutionellen Normalität zurückkehren zu wollen. Für das chronisch instabile Land ist dies ein bedeutender Schritt hin zu mehr Stabilität. Teil des politischen Konsenses ist auch die erneute Bildung einer „Regierung der Nationalen Einheit“ aus Vertretern der rivalisierenden Kräfte. Diese war auch im Abkommen von Doha, welches im Mai 2008 die institutionelle Krise beendete, Teil des Deals gewesen.

Für das chronisch instabile Land ist dies ein bedeutender Schritt hin zu mehr Stabilität.

Obwohl so im Zedernstaat derzeit ein fragiles Gleichgewicht herrscht, brodeln unter der Oberfläche jedoch weiterhin Konflikte. An erster Stelle ist hier die Rolle der Hizbullah in der libanesischen Gesellschaft zu nennen. Die Schiitenmiliz hat in der vergangenen Legislaturperiode ein doppeltes Spiel gespielt. Zum einen hat sie als politischer Akteur am demokratischen Prozess (parlamentarische Arbeit, Kabinett, Wahlen) teilgenommen, sich aber gleichzeitig als Oppositionskraft innerhalb der Regierung sowie als militärischer Akteur betätigt, indem sie im Jahr 2006 den Krieg gegen Israel führte und im Mai 2008 Beirut für mehrere Tage besetzte. Machtpolitisch gesehen war diese Strategie durchaus riskant. Einerseits hat die Hizbullah, die ihr Existenzrecht auf den „Widerstand“ gegen Israel zurückführt, ihr Vorgehen im „Julikrieg“ propagandistisch als Verteidigung des Libanon ausschlagen können, andererseits sind kurz nach der Euphorie der „Zedernrevolution“ im Jahr 2004 durch maßgebliche Beteiligung der Schiitenmiliz die Gespenster des Krieges in den Libanon zurückgekehrt. Die Kämpfe in Beirut vom Mai 2008 haben die Erinnerungen an den brutalen Häuserkampf während des Bürgerkrieges (1975-1990) ebenfalls wiederaufleben lassen.

In diese Kerbe suchten die prowestlichen Kräfte in ihrem Wahlkampf zu schlagen und für den Fall eines Wahlsieges der Opposition die Rückkehr in ungeordnete und gewalttätige Verhältnisse zu suggerieren. Damit brachten sie Michel Aoun unter Rechtfertigungsdruck, seine Allianz mit der Hizbullah zu verteidigen. Aoun versuchte, mit einer modernen Werbekampagne à la Obama diesen Widerspruch zu überspielen, was ihm jedoch, wie die Wahlergebnisse zeigten, nicht in dem von ihm erhofften Maße gelang. Zwar kann man auch nicht von

Gegen die Aussichten der Opposition auf einen Wahlsieg sprach auch, dass vormals unabhängige Kandidaten wie der christliche ehemalige Innenminister Michel Murr sich im letzten Moment den Listen der March 14-Allianz anschlossen.

einer vernichtenden Schlappe Aouns sprechen, der von ihm erhoffte Regierungswechsel ist jedoch ausgeblieben. Dies muss auch als persönliche Niederlage für den 73-Jährigen gelten, dessen politischer Zenit nun überschritten sein dürfte. Gegen die Aussichten der Opposition auf einen Wahlsieg sprach auch, dass vormals unabhängige Kandidaten wie der christliche ehemalige Innenminister Michel Murr sich im letzten Moment den Listen der March 14-Allianz anschlossen. Politische Beobachter in Beirut halten es auch für denkbar, dass es nach der Wahlniederlage von March 8 zu Auflösungserscheinungen innerhalb der christlichen FPM kommen könnte und dass zumindest Teile der „Bewegung“ die Allianz mit Hizbullah in Frage stellen. Eine solche Diskussion dürfte aber erst beginnen, wenn die neue Regierung ihre Arbeit gänzlich aufgenommen hat, da es in der Anfangsphase für die FPM primär darum geht, sich eine möglichst große Machtposition zu sichern.

Die neue libanesische Regierung unter Saad Hariri steht vor großen Herausforderungen. Die wohl wichtigste ist der Umgang mit der Hizbullah und ihrer Bewaffnung. Obwohl Hariri der Schiitenmiliz gegenüber persönlich sehr kritisch gegenübersteht, ist er diskursiv durchaus auf sie zugegangen. Ein Bestehen auf ihrer Entwaffnung würde erbitterte Proteste hervorrufen und so die innenpolitische Situation nachhaltig destabilisieren. Es ist daher unwahrscheinlich, dass Hariri auf diesem aus seiner Sicht sicher wünschenswerten Schritt beharrt. Im Gegensatz könnten die Waffen der Hizbullah und damit de facto der Verzicht auf das staatliche Gewaltmonopol der durchaus hohe Preis für einen stabilen Libanon sein. Damit erhielte die Hizbullah die Möglichkeit, den Staat ständig erpressen zu können, und würde endgültig zu einem nicht mehr aus der libanesischen Politik wegzudenkenden Machtfaktor werden, der den Aussichten auf eine künftige Annäherung nachhaltigen Schaden zufügen dürfte.

Eine Reform des Wahlrechts hätte zwangsläufig eine Machtverlagerung zugunsten der in den letzten Jahren zahlenmäßig enorm erstarkten Schiitengemeinde zur Folge.

Ein weiteres drängendes Problem ist eine Änderung des überholten Wahlrechts. Aber auch hier steht Hariri vor der Schwierigkeit, dass eine solche Reform zwangsläufig eine Machtverlagerung zugunsten der in den letzten Jahren zahlenmäßig enorm erstarkten Schiitengemeinde zur Folge hätte. Diese wählt fast ausnahmslos die Kandidaten der

Hizbullah oder von mit Hizbullah alliierten Kräften und dieser hat March 8 auch ihren Sieg beim *popular vote* zu verdanken. Von daher ist auch ein solcher Schritt, egal wie notwendig er aus demokratietheoretischen Erwägungen heraus auch erscheinen mag, sehr unwahrscheinlich.

Somit wird der Libanon wohl auch in der Legislaturperiode 2009 bis 2013 in seiner fragilen Stabilität verharren und die großen Reformen um des Friedens willen vor sich herschieben. Frieden und Sicherheit – das ist es, was sich die Libanesen am sehnlichsten von ihren Politikern wünschen. Und je länger es Saad Hariri und seiner Regierung gelingt, diesen Frieden aufrechtzuerhalten, desto größer dürften die Chancen für ihn sein, diese und eventuell weitere Legislaturperioden im Amt zu bleiben.